

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 80 36/38
Telex: 8 88 846 ppbn d
Telefax: 21 08 84

Inhalt

Dr. Wilhelm Bruns zu Michail Gorbatschows Gespräch mit Hans Modrow: Kehrtwende in der deutschen Frage?

Seite 1

Gernot Eiler MdB zu Eigenheiten und Hintergründen eines für Gorbatschow kaum lösbaren Konflikts: Die Haß-Explosion in Transkaukasien. (Teil II)

Seite 4

Willi Kaiser MdL zur Forderung der SPD, die soziale Wirklichkeit anzuerkennen und Gegenstrategien zu entwickeln: Armutsbericht für Bayern notwendig.

Seite 6

45. Jahrgang / 22

31. Januar 1990

Kehrtwende in der deutschen Frage?

Zu Michail Gorbatschows Gespräch mit Hans Modrow

Von Dr. Wilhelm Bruns
Abteilungsleiter in der Friedrich-Ebert-Stiftung

I.

Der 30. Januar 1990 könnte für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ein wichtiges Datum werden. Anlässlich des Besuchs des DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow in Moskau scheint Gorbatschow die bisherige sowjetische Position in der deutschen Frage revidiert zu haben.

Nach der Moskauer Linie war die „deutsche Frage“ die Frage nach den Beiträgen der beiden deutschen Staaten für Frieden und Abrüstung. Bislang galt: Die „deutsche Frage“ im Sinne einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten gibt es nicht. Nun erklärt Gorbatschow, daß die Vereinigung der Deutschen „prinzipiell“ von niemandem in Zweifel gezogen würde, und die deutsche Frage auf der internationalen Tagesordnung stünde. Die Entscheidung über diesen wichtigen Punkt bedürfe „sorgfältiger Prüfung und eines analytischen Herangehens“. Das heißt die deutsche Frage im Sinne der Vereinigung dürfe nicht auf den Straßen entschieden werden, sondern müsse in einem bestimmten Rahmen und in einem geordneten Verfahren vorangebracht werden.

Der Rahmen ist der KSZE-Prozeß. Das Verfahren ist die Abstimmung der vier für Deutschland und Berlin als Ganzes verantwortlichen Mächte unter Einbeziehung der beiden deutschen Staaten.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2—10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verantwortlicher Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Dies scheint auch die Position des DDR-Ministerpräsidenten zu sein. Auch er revidiert die bisherige DDR-Position, daß der Fortbestand der DDR Bedingung für den europäischen Frieden sei. Dagegen sei eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten destabilisierend. Er erachte es als notwendig, sich der Frage eines „einigen deutschen Vaterlandes“ mit Entschiedenheit zuzuwenden, insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt, daß DDR-Bürger eine Bleibeperspektive in ihrer „angestammten Heimat“ hätten. Auch die SED-PDS in der DDR scheint sich dem Gedanken der Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu nähern.

II.

Nimmt man die Stellungnahmen unserer drei westlichen Verbündeten, die Erklärungen aus Polen und der CSSR sowie die nun von Gorbatschow und Modrow, so ist folgendes festzustellen: Innerhalb von drei Monaten hat sich in der deutschen Frage mehr getan als in drei Jahrzehnten. Es gibt keine politische Kraft in Europa, die sich gegen eine deutsche Vereinigung ausspricht. Es geht also nicht mehr um das Ob, sondern „nur“ noch um das Wie und Wann.

Auf das Wann, also auf den Zeitpunkt, sollte sich niemand festlegen: Darin stimmen alle überein, zumal die Dynamik, insbesondere die Ungeduld in der DDR, schön ausgedachte Fahrpläne von heute auf morgen Makulatur werden lassen könnte.

III.

Die Bundesrepublik und insbesondere die Bundesregierung hat die einmalige Chance, die Diskussion über die Frage, wie die deutsche Einheit zustandekommen soll, zu bestimmen. Das heißt sie muß die Choreographie der Schritte beschreiben. Wer denn sonst? Dabei darf es keinen deutsch-deutschen Bilateralismus geben, sondern die deutsche Selbstbestimmung muß in den europäischen Prozeß eingebettet sein. Für den europäischen Prozeß haben wir eine vereinbarte Basis, verabredete Mittel und eine Reihe von Erfolgen aufzuweisen. Die vereinbarte Basis ist die KSZE-Schlußakte von 1975. Aus dieser politischen Erklärung muß verbindliches Recht werden und die europäische Konföderation entstehen.

Die verabredeten Mittel sind die Folgekonferenzen der KSZE, die den Stand der europäischen Entspannung bilanzieren und neue Impulse für die militärische, politische, ökonomische und kulturelle Weiterentwicklung der Ost-West-Beziehungen geben und gegeben haben. Von Helsinki 1975 bis

zu unserer heutigen Lage führt ein direkter Weg, das heißt der KSZE-Prozeß war und ist eine Berufsgröße für die inneren Prozesse in der DDR, in der CSSR und in anderen Warschauer-Pakt-Staaten. Es hat sich gezeigt, daß sich die Staaten nicht wie Billardkugeln verhalten, die nach ihrem Aufeinandertreffen unverändert bleiben. Vielmehr entfaltet der KSZE-Prozeß gravierende innenpolitische Wirkungen. Es war ein großer Fehler, daß gerade Marxisten-Leninisten, die theoretisch das Wirkungsverhältnis von Außen- und Innenpolitik „begriffen“ hatten, in ihrer Praxis dieses Wirkungsverhältnis ignorierten. Ein „Kardinalfehler“, wie inzwischen auch von DDR-Wissenschaftlern eingeräumt wird.

IV.

In der Perspektive muß es darum gehen, daß auf dem von Gorbatschow im letzten Jahre vorgeschlagenen und von allen unterstützten KSZE-Gipfel ein Mandat zur Ausarbeitung der deutschen Einheit erteilt wird. „Mandatsempfänger“ sind die vier Mächte und die beiden deutschen Staaten. Mit einem solchen methodischen Vorschlag wäre dreierlei gewährleistet: Die strukturbestimmenden vier Mächte würden unter Handlungszwang gesetzt. Unsere europäischen Nachbarn wären beteiligt. Und es wäre drittens sichergestellt, daß das Ganze nicht über die Köpfe der Deutschen westlich und östlich der Elbe vonstatten ginge.

V.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, nicht weiter an der „Vertragsgemeinschaft“ herumzubasteln, sondern initiativ zu werden, um die Voraussetzungen für ein solches KSZE-Mandat mit dem Arbeitstitel „deutsche Einheit“ zu schaffen.

VI.

Eines scheint nach der Erklärung von Gorbatschow klar zu sein: Die Westmächte können sich nun nicht mehr auf die bequeme Position zurückziehen, daß sie für die deutsche Einheit seien, aber die UdSSR dies verhindere. Nun sind die Westmächte gefordert.

Dabei sollten die Vertreter der USA, Frankreichs, Großbritanniens dem Eindruck entgegenreten, sie wollten die NATO bis zur Oder ausbreiten. Die Bedingung, auch ein vereintes Deutschland müsse Mitglied der NATO bleiben, ist nicht hinnehmbar. Eine solche Bedingung wäre für die UdSSR nicht akzeptabel und würde die mögliche deutsche Einheit verhindern. Wenn die CDU/CSU eine solche Bedingung bedingungslos übernimmt, vertritt sie keine deutschen Interessen!

(-/31.1.1990/rs/ks)

* * *

Die Haß-Explosion in Transkaukasien (Teil II und Schluß)**Zu Eigenheiten und Hintergründen eines für Gorbatschow kaum lösbaren Konflikts****Von Gernot Eler MdB****IV.**

Hatte Gorbatschow je eine Chance, diesen Konflikt zu vermeiden oder zu ersticken? Er mußte es versuchen, sich auf die Instrumente der Perestrojka zu beschränken: Appell, Dialog, Verhandlungen. Gewaltanwendung sollte um jeden Preis vermieden werden - so blieben aserbaidjanische Eisenbahnblockaden auch dann ungebrochen, als davon Material zum Wiederaufbau der Städte betroffen war, die zum Opfer des Erdbebens vom Dezember 1988 geworden waren. Gescheitert war diese Methode eigentlich auch in Nagornyj Karabach, wo die von Moskau gebildete Sonderverwaltung unter Wolski keinen Frieden stiften konnte und wieder abtrat. Mit seinem persönlichen Erscheinen in Wilna und seinen Gesprächen über die Unabhängigkeitsbestrebungen hatte der sowjetische Staatspräsident dennoch unmittelbar vor Ausbruch der Feindseligkeiten in Transkaukasien seine Entschlossenheit bewiesen, weiter auf Dialog und Überzeugung zu setzen.

Er konnte das nicht durchhalten, als es im Januar innerhalb weniger Tage mehr als 50 Pogromopfer in Baku gab, ohne daß die örtliche Führung wirksame Maßnahmen ergriff, und die sowjetischen Grenztruppen an der iranischen Grenze die Kontrolle zu verlieren drohten. Nur wer die Bedeutung des sowjetischen Begriffs „Verletzung der Staatsgrenze“ vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs kennt, kann ermessen, welche Erregung die Vorgänge von Nachitschewan auch in den entferntesten Sowjetregionen auslöste.

Der Einmarsch in Baku ist an sich schon eine Niederlage, nämlich für Gorbatschow und sein Perestrojka-Prinzip, Konflikte grundsätzlich ohne Gewalt zu regeln. Weitere bittere Erfahrungen schlossen sich an. Die Emissäre Moskaus mußten feststellen, daß die Entwicklung in dieser Republik nicht mehr in den Händen der Sowjetorgane liegt. Die Ablösung des bisherigen KP-Chefs Wesiraw konnte daran nichts ändern. Es regiert die Volksfront in 18 von 28 aserbaidjanischen Regierungsbezirken, vorübergehend ganz offen in der Küstenstadt Lenkoran und in einer Art Doppelherrschaft in der Landeshauptstadt. Baku ist quasi in einen mittelalterlichen Zustand zurückgefallen. Angesichts eines unbefristeten Generalstreiks geht niemand mehr zur Arbeit, der öffentliche Verkehr steht bis auf die Metro still, ohne Presse und Fernsehen hören die Leute auf den Piratensender „Azadlyk“ (Freiheit), vor allem aber auf Gerüchte. Die Hafensperre sollte verhindern, daß auf sowjetischen Schiffen die Leichen von angeblich Tausenden von Opfern des Einmarsches heimlich abtransportiert und im Kaspischen Meer versenkt würden - ihre gewaltsame Aufhebung hat dann tatsächlich weitere Opfer gekostet!

Die Zahl der Übergriffe auf Armenier ging zurück, dafür stehen aber jetzt die sowjetischen Soldaten und ihre Familien in der Schußlinie. Schon wurden 7.000 russische Armeesangehörige aus Baku evakuiert. Selbst die armenische Volksfront hat das Moskauer Eingreifen inzwischen kritisiert, wozu man zynisch fragen könnte, ob das die Forderung enthält, sie gefälligst beim mörderischen Bruderkrieg in Ruhe zu lassen. Man hat die Rolle der sowjetischen Armee in Baku schon mit der britischen Situation in Ulster verglichen: sich als Puffer zwischen die Kampfhähne schieben zu müssen und dabei von allen Seiten die meisten Hiebe zu bekommen.

Eher schüchterne Versuche, die Freischärler zu entwaffnen, blieben bisher ohne Erfolg. Wenn es richtig ist, daß wirtschaftliche Unzufriedenheit und soziale Not auf einen traditionellen nationalen Konflikt projiziert werden, dann müßte eine Gegenstrategie dort ansetzen. Der ökonomische Stillstand des sowjetischen Reformprozesses läßt dies aber nicht zu. Die Wirtschaftskrise hat keine Antwort auf die Fragen der entwurzelten Flüchtlinge und arbeitslosen Jugendlichen. Kein Wunder, daß sie auf aktionistische nationale Parolen hören. Als geschehe es, um die Hilflosigkeit des Kremis vorzuführen, landen jetzt täglich Flugzeuge mit armenischen Flüchtlingen (bisher 3.000) in Moskau: Selbst da weiß man nicht, wo man sie lassen soll, so daß sie zum Teil in der armenischen Hauptstadtvertretung kampieren müssen.

Gorbatschow wird nicht umhin können, mit den Volksfrontvertretern zu verhandeln. Damit würde er anerkennen, daß die Sowjetherrschaft in Aserbaidschan praktisch beendet ist. Ein gefährliches Signal zu Wahlzeiten, wo in mehreren Republiken KP-Vertreter ohnehin nur noch die Alternative zwischen einer immer weitergehenden Anpassung an die nationalen und separatistischen Forderungen der Volksfronten oder ihrer Abwahl durch die Bevölkerung haben! Das transkaukasische Gewitter entfacht insofern neue politische Sturmböen vom Baltikum bis nach Kiscinaw.

Die sowjetischen Zeitungen, die anfangs die Zerstörungen der Grenzanlagen in Nachitschewan noch in Millionen Rubel angegeben haben, schweigen mittlerweile zu den Schäden der Vorgänge für die wirtschaftliche Perestrojka. Der Militäreinsatz, die Versorgung der Flüchtlinge, die Schäden durch die Kampfhandlungen, der Generalstreik, die Verwandlung von Betriebskollektiven in Freischärlergruppen - all das schmälert das sowjetische Volksvermögen in einer wirtschaftlichen Krisensituation. Da diese Krise die Haßexplosion mit verursacht hat, schließt sich ein teuflischer, sich selbst beschleunigender Kreislauf.

Armenier und Aserbaidschaner stellen zusammen nur 3,7 Prozent der sowjetischen Bevölkerung. Die Rücksichtslosigkeit, mit der sie sich seit zwei Jahren bekriegen, bedeutet, daß sie an eine lebenswerte Zukunft in ihrer Region nicht glauben. Sie zerstören das bißchen, wovon sie leben. Gorbatschow fehlen nach fünf Jahren Verantwortung die vorzeigbaren Erfolge, um sie von der Perestrojka als lebenswerter Perspektive zu überzeugen. Der Rückgriff auf die Gewalt, und sei es, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, signalisiert einen gefährlichen Charisma-Verlust für die Reform und ihren Verkünder. Die Vorgänge in Transkaukasien erschüttern in doppeltem Wortsinn die ganze Sowjetunion.

(-/31.1.1990/rs/ks)

* * *

Armutbericht für Bayern notwendig

Zur Forderung der SPD, die soziale Wirklichkeit anzuerkennen und Gegenstrategien zu entwickeln

Von Willi Kaiser MdL

Sozialpolitischer Sprecher der Bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Im reichen Freistaat Bayern gibt es seit den achtziger Jahren einen dramatischen Zuwachs an Sozialhilfeempfängern. Lebten 1970 „nur“ 190.362 Bayern von der Sozialhilfe, so waren es 1988 bereits 397.254, was Ausgaben in Höhe von knapp drei Milliarden Mark bedeutete (1970 waren es 385 Millionen). Jeder 27. Bürger des Freistaats ist inzwischen von der Sozialhilfe abhängig. Die CSU leugnet hartnäckig das Faktum „Armut“ als wachsendes Problem. Caritas und Diakonisches Werk sprechen dagegen von einer „neuen Dimension der Armut“. Was bisher im Freistaat fehlt, ist eine Armutsberichterstattung.

In einem Landtagsantrag hat die SPD nun einen bayerischen Armutsbericht gefordert. Diesen soll die Staatsregierung bis zum 1. Dezember dieses Jahres vorlegen und dann im Abstand von zwei Jahren regelmäßig fortschreiben.

In diesem Armutsbericht sind die Ursachen des Verarmungsprozesses offenzulegen. Auch müssen die sozialpolitischen Strategien aufgezeigt werden, wie die Armut in einer reichen Gesellschaft überwunden werden kann. Der Fortentwicklung der Sozialhilfe muß ein eigenes Kapitel gewidmet werden. Der Bericht soll vor allem Armut unter Arbeitslosen, Ausländern, Flüchtlingen, psychisch Kranken, Behinderten und Frauen darstellen. Auch muß auf Armut im Alter, in Einelternefamilien, bei Kinderreichtum und bei den Opfern des Nationalsozialismus eingegangen werden.

Es kann nicht länger hingenommen werden, daß die Tatsache, alleinerziehend, kinderreich, psychisch krank oder behindert, längerfristig arbeitslos oder alt zu sein, für viele der Betroffenen mit dem Weg in die Sozialhilfe, das heißt, mit ökonomischer Armut verbunden ist. Dieser Personenkreis darf nicht länger diskriminiert, sozial ausgegrenzt und statistisch wegdefiniert werden, wie es manche CSU-Politiker immer wieder versuchen.

Die rasante Zunahme der Sozialhilfe stellt sich in erster Linie als eine Zunahme der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt dar. 1988 waren in Bayern 267.181 von den knapp insgesamt 400.000 Sozialhilfeempfängern betroffen. Der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 18 und 65 Jahren hat hier stark zugenommen: Lag er 1972 noch bei 36 Prozent, so waren es 1987 bereits über 55 Prozent. Die Einkommensarmut entwickelt sich immer mehr von einem Minderheitenphänomen weg, und dringt in den Kern, den erwerbsfähigen Bereich unserer Gesellschaft ein. Bisher gewohnte Konturen des Empfängerkreises beginnen sich zu verwischen. Das Resultat ist eine „Neue Armut“.

Für viele Menschen ist weder das Arbeitslosengeld noch die Rente eine soziale Absicherung. Erhielten 1975 noch 65 Prozent der registrierten arbeitslosen Menschen Arbeitslosengeld, so waren es 1987 nur noch 38,4 Prozent, während 22,6 Prozent die geringer bemessene Arbeitslosenhilfe bezogen und fast 30 Prozent gar keinen Anspruch auf Lohnersatzleistungen hatten. Bei anhaltender Massen- und zunehmender Langzeitarbeitslosigkeit wird sich dieses Problem weiter verschärfen. Ein ähnliches Bild bietet die gesetzliche Rentenversicherung: Fast ein Sechstel der Männer und zwei Drittel der Frauen erhalten nicht mehr als 600 Mark. Fast ein Drittel der Witwen aus der Angestelltenversicherung bezieht lediglich eine Rente bis zu 840 Mark. Unser Sozialversicherungssystem fängt immer weniger Menschen im Falle der Erwerbslosigkeit auf und zeigt erhebliche Lücken bei der Altersversorgung. Durch den Abbau von sozialstaatlichen Leistungen durch die konservative Bonner Regierung geraten immer mehr Gruppen von Bedürftigen in die „Neue Armut“: Arbeitslose, chronisch Kranke, Behinderte, Alte, Schüler aus Familien unterer Einkommenschichten. Die sozialpolitischen Sparprogramme von CDU/CSU und FDP haben zu einem wachsenden Armutspotential beigetragen. Doch die CSU weigert sich, von „Neuer Armut“ zu sprechen. Denn Armut zu konstatieren hieße, sozialpolitische Defizite und schließlich einen Handlungsbedarf zuzugeben. (-/31.1.1990/rs/ks)